



Kathrin Weiss, Goethestraße 1, 74076 Heilbronn

Piratenpartei Ortsgruppe Heilbronn
Kathrin Weiss
Goethestraße 1
74076 Heilbronn

kathy@piratenpartei-heilbronn.de
www.piratenpartei-heilbronn.de

22. September 2010

**Offener Appell für konsequentes Löschen
von kinderpornographischen Seiten im Internet**

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund Ihrer Mitgliedschaft im Ausschuss "Civil Liberties, Justice and Home Affairs" möchten wir, eine politisch engagierte Gruppe zukunftsorientierter Leute aus Baden-Württemberg, uns mit einer dringenden Bitte an Sie wenden!

Viele von uns bewegen sich beruflich oder privat täglich viele Stunden im World Wide Web. Dadurch verfügen wir über vielseitiges Wissen und zahlreiche Erfahrungen, auch mit den technischen Möglichkeiten und Gefahren.

Wir wünschen uns, in einer freiheitlich-demokratischen Europäischen Union leben zu können, um die unglaubliche Entwicklung der zusammenwachsenden Länder und die damit verbundenen Veränderungen begleiten und mitentwickeln zu dürfen. Dazu gehört natürlich auch, Entscheidungsträgern wie Ihnen unsere Erfahrungen und damit verbundenen Anliegen mitzuteilen, um eventuellen Fehlentscheidungen vorbeugen zu können.

Ihr Ausschuss beschäftigt sich mit der Frage, ob es in Europa gesetzlich vorgeschrieben werden soll, dass Webseiten „gesperrt“ werden, wenn sie kinderpornographisches Material enthalten und verbreiten.

Aus gegebenem Anlass stellen wir uns die Frage, ob diese Maßnahme wirklich sinnvoll oder sogar im Sinne des Kinderschutzes kontraproduktiv ist.



In der Tat wird die Verbreitung von Kinderpornographie nicht von der Meinungsfreiheit abgedeckt und muss auf jeden Fall bekämpft werden. Allerdings sind Netzsperrungen hierzu gänzlich ungeeignet, da gesperrte Daten, anders als gelöschte Daten, weiterhin im Internet bleiben und auch ohne technisches Wissen mit Leichtigkeit abrufbar sind. Das Sperren schützt missbrauchte Kinder nicht.

Dies wurde nicht nur von MOGiS e.V., einem Verein von Missbrauchsopfern, festgestellt.

Dies führt uns zu einem weiteren Problem. Eine Liste der gesperrten Seiten müsste, um jeglichen Zensurverdacht zu unterbinden und dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit zu entsprechen, eigentlich veröffentlicht werden. Dies würde bedeuten, dass sich mögliche Täter die rechtswidrigen Seiten quasi wie aus dem Telefonbuch aussuchen könnten. Damit würden pädophile Täter auf ihrer Suche nach solchen Seiten sogar unterstützt werden.

Der Zensurverdacht lässt sich jedoch leider nicht anders ausräumen, da es in anderen Ländern zu eindeutigen Vorfällen kam. Beispielhaft sei hier die Sperrung der Internetseiten von Abtreibungsgegnern, von religiösen Randgruppen und Homosexuellen in Australien oder die Sperrung eines Artikels der Wikipedia in Großbritannien genannt.

Da die technische Umsetzung Hintergrundwissen zur Funktion des Internets erfordert, werden wir die Aspekte im Folgenden zunächst anhand einer Analogie erläutern, die allerdings sehr plausibel ist. Stellen Sie sich vor, Sie möchten jemanden anrufen, dessen Telefonnummer Sie nicht kennen.

Im Regelfall würden Sie in einem Telefonbuch nachsehen, die Nummer wählen und haben damit die Verbindung aufgebaut.

Zur Verbrechensbekämpfung will der Staat nun verhindern, dass bestimmte kriminelle Personen angerufen werden können. Statt also diese Personen festzunehmen, reißt man alle Seiten aus allen Telefonbüchern der Telefonanbieter, auf denen deren Nummer steht.

Dieses Vorgehen entspräche ziemlich genau der geplanten Vorgehensweise von Netzsperrungen, ist aber verständlicher als eine Erklärung über die „Telefonbücher des Internets“, die sogenannten DNS-Server.

Es ist offensichtlich, dass diese „Sperre“ durch die Verwendung eines anderen Telefonbuchs, das nicht von Telefonanbietern stammt, dafür sorgt, dass man von der Sperre nicht einmal etwas bemerkt.

Der Aufwand zur Umgehung der geplanten Netzsperrungen ist dabei minimal und lässt sich auch von technisch nicht versierten Nutzern in **deutlich** unter einer Minute bewerkstelligen.

Des Weiteren kann ein Täter, der ein anderes Telefonbuch benutzt, das nicht von den Anbietern stammt, vergleichen, welche Nummern fehlen.

Auf diese Weise hat er eine Liste der herausgerissenen Telefonnummern, die er nun gezielt anrufen kann.



Auch der Besitzer einer solchen „gesperrten“, also herausgerissenen Telefonnummer, kann mithilfe der Liste herausfinden, dass er entdeckt wurde und ist somit gewarnt.

Damit sind die Sperren nicht nur sinnlos sondern kontraproduktiv.

Wir bitten Sie nochmals ausdrücklich, sich für die Lösung der systematischen Löschung und internationalen Strafverfolgung einzusetzen, anstatt einer Tolerierung durch Sperren.

Viele Projekte, zum Beispiel von Alvar Freude, Mitglied der Enquetekommission "Internet und digitale Gesellschaft", zeigen, dass eine Löschung schnell und unproblematisch erreicht werden kann, da Kindesmissbrauch und die Verbreitung kinderpornographischen Materials nahezu weltweit geächtet und strafrechtlich verfolgt wird. Der Großteil der Server solchen Inhalts stehen nachweislich innerhalb der Europäischen Union, in Nordamerika und in Russland. Überall wird Kinderpornographie mit empfindlichen Strafen geahndet und eine Löschung ist nach einem Hinweis an die entsprechende Stelle zeitnah möglich.

Auch am Beispiel der sogenannten Phishing-Seiten, die versuchen, Kontodaten auszuspähen, lässt sich erkennen, dass das zügige Löschen grundsätzlich ohne Weiteres möglich ist. Denn solche Seiten werden meist innerhalb von Stunden aus dem Netz genommen.

Ihre Kollegen im Deutschen Bundestag haben von ihrem Vorhaben, Seiten des Internets zu sperren, im Jahr 2009 nach großen inhaltlichen Diskussionen abgesehen.

Wir fordern Sie auf, dieser Einschätzung zu folgen, und sofort konsequentes und zielstrebiges Handeln gegen die Verbreiter kinderpornographischer Inhalte möglich zu machen!

Wir appellieren an Sie, sich für eine Löschung von Seiten mit kinderpornographischem Material einzusetzen und damit die gefährliche Einführung von Sperren zu verhindern.

Vielen Dank, mit freundlichen Grüßen

im Namen des Stammtisches Heilbronn der Piratenpartei Deutschland

Kathrin Weiss

Direktkandidatin der Piratenpartei Deutschland
für die Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg,
Wahlkreis Neckar-Odenwald

Tobias Stöckl

Direktkandidat der Piratenpartei Deutschland
für die Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg,
Wahlkreis Heilbronn